

Antrag Nr. 14-O-25-0074

AUF-Fraktion

Betreff:

Stadtentwicklung im Westen von Mainz-Kastel (AUF)

Antragstext:

Unbestritten besteht in der Rhein-Main-Region, im Raum Mainz-Wiesbaden und so auch in Mainz-Kastel ein wachsender Bedarf an Wohnraum; insbesondere für Menschen, die nicht über große Vermögen oder hohe Einkommen verfügen.

Es ist auch unbestritten, dass gerade in dicht besiedelten Gebieten, mit bereits hohen Belastungen an Verkehrslärm und Emissionen, nicht noch weitere naturnahe Flächen verbaut werden sollten. Hingegen sollten mögliche Konversionsflächen genutzt und einer sozial und ökologisch verträglichen Wohnbebauung zugeführt werden.

In Mainz-Kastel sind in den letzten Jahrzehnten sowohl Baugebiete auf naturnahen Flächen (z. B. „In den Krautgärten“) als auch auf Konversionsflächen (z. B. „An der Helling“) entstanden. Neben dem gegenwärtig noch militärisch genutzten Gelände „Kastel Storage Station“ in Kastel-Mitte scheint gerade im Westen Kastels ein großes Entwicklungspotential für neue Wohnnutzungen zu liegen.

Für das Gelände „Kastel Housing Area“ und andere Flächen wurden bereits Veränderungssperren erlassen. Für den an den Stadtteil Mainz-Amöneburg angrenzenden Bereich wurden von der Fachverwaltung vielversprechende Entwicklungsmöglichkeiten dem Ortsbeirat in seiner letzten Sitzung vorgestellt.

Der Ortsbeirat möge deshalb beschließen:

Für den Bereich zwischen Biebricher Straße (Ortsbezirk Mainz-Kastel), Wiesbadener Straße zwischen Einmündung Biebricher Straße und „Kastel Housing Area“, von dort bis zur Bahnlinie, diese entlang bis zur Ortsbezirksgrenze mit Mainz-Amöneburg und diese entlang bis zur Biebricher Straße (im Folgenden als „Mainz-Kastel West“ bezeichnet) ist seitens des Magistrats eine Veränderungssperre mit dem Ziel einer Bebauungsplanung zu veranlassen.

Ein möglichst hoher Anteil des Bereichs „Mainz-Kastel West“ sollte für Wohnnutzung zur Verfügung stehen bzw. zur Verfügung gestellt werden. Eine weitere Ausdehnung gewerblicher Nutzung soll nicht erfolgen, insbesondere bekräftigt der Ortsbeirat Mainz-Kastel seine entschiedene Ablehnung einer Ansiedlung weiterer Bordellbetriebe im Stadtteil Mainz-Kastel. Der Ortsbeirat erwartet vom Magistrat, dass er alle politischen und juristischen Möglichkeiten ausschöpft, um eine weitere Ansiedlung von Bordellbetrieben zu verhindern. In diesem Zusammenhang sieht der Ortsbeirat auch die Notwendigkeit der Aktualisierung der vor Jahrzehnten ausgewiesenen „Toleranzzonen“ mit dem Ziel, die Zulässigkeit weiterer Bordellbetriebe in Mainz-Kastel auszuschließen.

Mainz-Kastel, 16.06.2014